# FORUM: Auf dritten wegen ins dritte Jahrtausend?

## Politische Positionen

### Gerhard Schröder: Eine Außenpolitik des „Dritten Weges"?

*Gerhard Schröder, geb. 1944 in Mossenberg, war Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, ist Vorsitzender der SPD und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.*

**I.**

Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik eignen sich kaum für Etikettierungen. Für die modernen Industrienationen gibt es keine „rechte" oder „linke" Außenpolitik. In den demokratischen Gesellschaften der Nachkriegszeit sind die großen außenpolitischen Weichenstellungen zumeist im Konsens erfolgt. Das gilt auch für die Bonner Republik, mit drei bekannten Ausnahmen: Die Wiederaufrüstung in den fünfziger Jahren war anfänglich ebenso umstritten wie zunächst die Ostpolitik Willy Brandts in den frühen Siebzigern; zu Beginn der achtziger Jahre kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westdeutschland.

In den ersten beiden Fällen hat die historische Entwicklung die jeweilige Regierungspolitik im Nachhinein gerechtfertigt; eine endgültige Beurteilung der so genannten Nachrüstung blieb uns glücklicherweise durch den einsetzenden Reformprozess in der UdSSR und den Ostblockstaaten erspart.

Wir sollten keinen Richtungswechsel anstreben; zumal der Ruf nach einem „Dritten Weg" in der Außenpolitik gerade in deutscher Sprache einen beunruhigenden Klang hätte - die Assoziation zu den verheerenden Folgen jenes deutschen „Sonderwegs", der gleich zweimal in diesem Jahrhundert den gesamten Kontinent in Tod und Verderben geführt hat, läge zu nahe.

Zu Recht ist gerade angesichts des Umzugs nach Berlin und eingedenk von 50 Jahren Grundgesetz immer wieder die Einmaligkeit der hinter uns liegenden Epoche friedlicher und demokratischer Entwicklung zumindest in Westeuropa betont worden.

Auch nach dem Ende des Kalten Krieges ist Europa eben nicht, wie manche Historiker befürchteten, in „die Geometrie der Macht zwischen 1648 und 1945“ zurückgefallen. Für Deutschland ist das vor allem Verdienst einer konsequenten Politik der Westbindung und der guten Nachbarschaft nach Osten.

Deshalb ist die beherrschende Denkfigur in der Außenpolitik die der „Kontinuität“. Das ist gut und richtig, weil es Verlässlichkeit und Berechenbarkeit signalisiert. Und es trifft auch zu, soweit es die Konstanten angeht, auf die jede deutsche Außenpolitik sich zu beziehen hat: Das Bekenntnis zur deutschen Geschichte und der daraus erwachsenden Verantwortung, die Unverbrüchlichkeit der europäisch/atlantischen Integration, die geographische Lage in der Mitte Europas, der Werteauftrag unseres Grundgesetzes wie auch die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft stecken den Rahmen eindeutig ab, in dem deutsche Interessen artikulierbar sind.

Andererseits hat die geschichtliche Entwicklung die Kontinuitäten mehrfach gebrochen. Es hat tiefe Zäsuren in der deutschen und europäischen Außen- und Friedenspolitik gegeben. Deutschland hat seinen Sonderstatus als geteiltes Land überwinden können und ist wieder ein vollständig souveräner Staat. Diese neue Handlungsfähigkeit, von vielen in der Bundesrepublik nur zögerlich akzeptiert, hat aber den historischen Ort deutscher Außenpolitik nicht verändert. Deutschland ist nicht etwa eine „Mittelmacht“ in Europa geworden. Vielmehr war der Prozess der endgültigen Staatswerdung von Beginn an eng verzahnt mit der Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration. Deutschland macht heute Außenpolitik in Europa, für Europa und von Europa aus.

Dieses Europa trägt heute eine ungleich größere Verantwortung für Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent und in der Welt, als das zu Zeiten der bipolaren Machtordnung der Fall war. Die Ereignisse auf dem Balkan haben uns das deutlich und schmerzlich vor Augen geführt. Aber sie haben auch gezeigt, dass Europa – und mit ihm Deutschland – dieser Verantwortung mehr und mehr gewachsen ist.

## II.

Wenn auch die Notwendigkeit eines „Dritten Weges“ in der Außen- und Friedenspolitik nicht ersichtlich ist, so bleibt doch die Gültigkeit der Werte, die gemeinhin auch die Diskussion über den „Dritten Weg“ bestimmen. Freiheit und Weltoffenheit, Demokratie und Menschenrechte, internationale Solidarität und gerechter Ausgleich zwischen den Völkern, Stabilität und Prosperität, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit sind die bleibenden Werte und Ziele europäischer Außenpolitik.

Und wie schon bei der Diskussion um die Modernisierung im Innern der Industriegesellschaften, geht es auch in der internationalen Politik darum, diesen Werten neue, aktuelle Relevanz zu verschaffen und die zu ihrer Durchsetzung geeigneten Instrumente zu entwickeln.

Nicht nur die zunehmend gefährlichen ethnischen und/oder politischen Regionalkonflikte, sondern auch die gravierenden Wirtschafts- und Finanzkrisen zwingen uns dazu, stärker an einer *Weltordnungspolitik* zu arbeiten, die auf Interessenausgleich und Eigenverantwortung basiert statt auf imperialer Machtpolitik, und die auf regionale Kooperation statt auf globale Abschreckung setzt. Eine umfassende Strategie der Konfliktlösung und Krisenvermeidung muss Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik integrieren, aber eben auch auf die Durchsetzung von Demokratie und Rechtssicherheit bauen.

## III.

Jede Außenpolitik ist zunächst einmal Interessenpolitik. Nicht erst im Zuge der Globalisierung hat sich allerdings herausgestellt, dass nationale Interessen heute immer weniger auf nationaler Ebene verfolgt werden können und sollen. Die „mittelbare Interessenvertretung" durch supra- und internationale Zusammenschlüsse gewinnt zunehmend an Bedeutung. Schließlich sind auch viele der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Binnenprobleme von den Nationalstaaten nicht mehr im Alleingang zu lösen.

Eine moderne, solidarische Außenpolitik sollte deshalb eine Politik des *„aufgeklärten Eigeninteresses"* sein. Dazu bedarf es einer unvoreingenommenen Selbsteinschätzung, einer Analyse der internationalen Erfordernisse, aber auch der Erwartungen und Befürchtungen anderer. So ist Deutschland gut beraten, sich selbst als eine große Macht in Europa zu sehen – wie es unsere Nachbarn längst tun – und seine Außenpolitik entsprechend auszurichten, um sie im Rahmen der europäisch-atlantischen Strukturen zu verfolgen.

Eine mittelbare, immer von der Rücksicht auf Nachbarn und Partner beschränkte Vertretung eigener Interessen hat die Bundesrepublik, besser vielleicht als die meisten anderen Länder gelernt. Durch die jahrzehntelang eingeschränkte Souveränität und die dominante Notwendigkeit deutscher Außenpolitik – die deutsche Frage offen zu halten und zugleich die faktische Teilung als realistischerweise nicht änderbar zu akzeptieren – haben die verschiedenen Regierungen die außerordentliche Fähigkeit entwickelt, „die Grenzen der Handlungsfähigkeit zu erkennen, zu akzeptieren und im Interesse des eigenen Landes zu nutzen" (Gregor Schöllgen). Diese, aus historischer Verantwortung und dem Zwang der Verhältnisse erwachsene Fähigkeit macht es Deutschland womöglich auch heute noch leichter als vergleichbar großen Mächten, sich bei der Verfolgung seiner Interessen in sicherheits- und wirtschaftspolitische Zusammenschlüsse einzuordnen.

Andererseits hat diese Beschränkung auch lange zu einer nur begrenzten Wahrnehmung internationaler Verantwortung geführt. Der, zu Zeiten durchaus berechtigte, Hinweis, dass etwa die NATO nicht nur zum Schutz *für* Deutschland, sondern auch zum Schutz *vor* Deutschland dienen sollte, hat seine Gültigkeit verloren. Unsere Partner haben uns deutlich gemacht, dass sie uns als gleichberechtigt akzeptieren und gerade deshalb erwarten, dass wir unsere historische Verantwortung an- und offensiv wahrnehmen: zum Beispiel bei der Bekämpfung von Mord und Vertreibung auf dem Balkan. Insofern war die Beteiligung Deutschlands an den Auseinandersetzungen im Kosovo zweifellos eine Zäsur.

Gleichzeitig haben wir mit unserer Beteiligung die erwähnten außenpolitischen Fähigkeiten, unsere besondere, historisch gewachsene Stellung positiv zur Geltung bringen können. Gerade weil Deutschland im Dialog mit Russland und seinen osteuropäischen Nachbarn geübt und anerkannt ist, gerade weil wir großmächtiges Auftreten zu überwinden gelernt haben, konnte das politisch-diplomatische Konzept - ohne das jede Militäraktion zum Scheitern verurteilt gewesen wäre - unter maßgeblicher deutscher Beteiligung umgesetzt werden: die Einbindung Russlands sowie die Eröffnung einer europäischen Perspektive für den Balkan durch den Stabilitätspakt.

## IV.

Die Zäsur durch den Kosovo-Konflikt betrifft keineswegs Deutschland allein. In diesem Konflikt hat auch Europa mit seiner politischen Neu-Definition begonnen.

Europa ist eine praktische Notwendigkeit - nicht nur für Deutschland und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Eine praktische Notwendigkeit aufgrund der vielfältigen Verflechtungen in Wirtschaft und Handel, die etwa eine auf den nationalen Rahmen begrenzte Beschäftigungs- oder Fiskalpolitik ohne europäische Komponente unmöglich machen.

Eine praktische Notwendigkeit ist Europa auch sicherheitspolitisch – ein Blick auf die gewaltigen Migrationsströme oder die rasant anwachsende internationale Kriminalität zeigt das. Und mag Deutschland in Europa auch „von Freunden umstellt“, und mag Europa als ganzes geostrategisch nicht bedroht sein – die Entwicklungen etwa im vorderasiatischen oder im südlichen Mittelmeerraum betreffen unmittelbar Europas Sicherheit.

Schließlich ist Europa, wenn man so will: „moralisch“ für sich selbst und für die Welt eine Notwendigkeit. Nie in der Geschichte war Europa ein geographisch eindeutig eingrenzbarer Raum. Hätte Europa nicht immer wieder „sich selbst und damit die Welt verändert“ (Eric Hobsbawm), wäre „Europa“ als Begriff womöglich nicht mehr als der Name einer schönen Frau in der antiken Sage.

Das Europa der Neuzeit ließe sich so als ein Modell von Industrialisierung, Kultur und Ideengeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts definieren. Aufklärung und Sozialdemokratie, säkulares Christentum und Opernkunst, aber auch Nationalismus und Kolonialismus waren bestimmende Phänomene jenes Europa. Das 20. Jahrhundert erlebt in seiner ersten Hälfte Europa als blutgetränktes Schlachtfeld. In der zweiten Hälfte ist Europa Schauplatz des Kalten Krieges und Opfer einer gewaltsamen Teilung, mit der Konsequenz, dass Westeuropa mit seiner freiheitlich-demokratischen Entwicklung sich als den eigentlichen Kontinent definiert.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert taugen diese Merkmale nicht mehr. Europa ist nun geprägt durch Akte einer neuen, supra-nationalen Souveränität - beginnend mit der Währungsunion - und der schrittweisen Annäherung und Integration jener Länder, die bislang nur auf der Landkarte zu „Europa“ gehörten. Dieser Spagat - Vertiefung *und* Erweiterung - lässt sich nicht durchhalten ohne eine überwölbende Ordnung, die an Werten und an Stabilitätskriterien orientiert ist.

Deshalb ist die Verantwortung, die Europa zur Eindämmung des Mordens im Kosovo übernommen hat, tatsächlich ein Gründungsakt für ein „Europa der Menschen“. Der Einwand, dass ein solcher Gründungsakt sich nicht unter Bomben vollziehen könne, ist sehr ernst zu nehmen und wohl auch nicht mit dem Hinweis zu entkräften, dass solche Akte stets „nicht im Jubel, sondern im Schmerz“ (Ismail Kadaré) geschehen. Aber es ist leider auch wahr, dass in der Geschichte fast immer ein erheblicher *Ereignisdruck* nötig war, um die europäische Integration voranzutreiben.

## V.

Für die europäische Politik hat die Kosovo-Krise noch weiter gehende Fragen aufgeworfen. Auf dem Balkan hat sich endgültig gezeigt, dass „Stabilität“ nicht repressiv gewährleistet werden kann. Im Gegenteil: Gerade die Repression, die Unterdrückung von Demokratie und die Verletzung der Menschenrechte erzeugen heute jene Instabilitäten, vor denen europäische Politik sich wappnen muss.

Das gilt im übrigen nicht nur für Diktaturen, die vor „ethnischer Säuberung“ nicht zurückschrecken. Es ist auch eine Lehre aus den Finanz- und Wirtschaftskrisen in den südost-

asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern: Sprunghaftes Wirtschaftswachstum ohne Fortschritte bei Demokratie und Rechtssicherheit zerstören die Lebenshoffnungen Tausender von Menschen, vernichten den für die Entwicklung so bedeutsamen Mittelstand, erzeugen Gewalt und massive Migrationsbewegungen.

Wir müssen also ein Begriffs- und Analyse-Instrumentarium entwickeln, in dem „Stabilität" nicht als Abwesenheit oder Unterdrückung von Konflikten definiert ist. Es kommt stattdessen darauf an, solche Konflikte möglichst früh zu erkennen und die Regelungsmechanismen für friedliche Konfliktbeilegung schnell und effizient zu verbessern.

Für die internationale Politik heißt das, dass eine inhaltliche und strukturelle Reform der Vereinten Nationen dringlich ist, wenn das Konzept der „Nicheinmischung in die inneren Angelegenheiten" nicht länger als Schutzschild für Diktatoren und Mörder missbraucht werden soll. Niemand, der sich schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen schuldig macht, kann sich auf das Prinzip der Nichteinmischung berufen. Hier darf aber auch kein völkerrechtliches Vakuum entstehen, in dem sich einzelne Mächte selbst für den Nothilfe-Einsatz mandatieren.

In der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik muss die Folge sein, dass die reicheren, gebenden Länder ihre Hilfe mindestens ebenso sehr auf den Aufbau von rechtsstaatlichen, demokratischen Strukturen und einer modernen, bürgernahen Verwaltung verwenden sollen wie auf die technisch-industriellen Aspekte.

Für Europa schließlich geht es darum, im Bündnis mit den USA mehr und mehr Verantwortung zu übernehmen. Mit der Ernennung von Javier Solana zum Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist ein wichtiger Schritt getan. Er wird ergänzt durch die Schritte zur Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, auf die sich der Europäische Rat in Köln verständigt hat. Weitere werden nötig sein: eine Veränderung militärischer Strukturen und Organisation bei den europäischen Bündnispartnern alle Mal. Wichtig ist, dass wir Europäer erkannt haben, dass wir gemeinsam zunehmend mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent, aber auch weltweit wahrnehmen müssen. Dieser Prozess ist eingeleitet - er wird seine eigene Dynamik entwickeln.

„Die Überwindung der Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen bleibt die größte internationale Herausforderung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert." So habe ich es in meiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 formuliert. Dem wäre hinzuzufügen, dass die Sprengung der Fesseln zwischen freien und unfreien Völkern eine ebenso wichtige Herausforderung ist.

Demokratische, solidarische Außenpolitik wird sich diesen Aufgaben zu stellen haben.